

Dieser Text wurde durch
Mitgliederbeschluss durch den Text

**„Prinzipien und Grundlagen
der Arbeit der FAU“**

ersetzt.

Der folgende Text (entstanden 1989/90,
zuletzt geändert 2003) wird entsprechend
nicht als unsere aktuelle Arbeitsgrundlage,
sondern als historischer Text der FAU
dokumentiert.

Prinzipienerklärung der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union



Inhalt:

Gesellschaftskritik - S. 2

Herrschaft
Frauen
Untertanen
Der Staat
Kapitalismus

Utopie - S. 7

Organisation, Widerstand und Aktion - S. 9

Ziel
Mittel und Methoden
Organisation
Reform, Reformismus und Revolution

Diese Zusammenfassung unserer Sicht der Dinge wurde 1989/90 von einer bundesweiten Arbeitsgruppe verfasst und per Referendum von den Mitgliedern der FAU bestätigt.
Zuletzt per Referendum geändert: 2003

A: GESELLSCHAFTSKRITIK

1. Herrschaft ist die Aufwertung der einen, der Herrschenden, durch die Abwertung der anderen, der Untertanen.

Sie ermöglicht die Benutzung von Menschen im Interesse der Herrschenden. Daher steht sie im Widerspruch zu jeder Form von Gleichberechtigung, zu jeder Umgangsform, die auf Gegenseitigkeit und Gemeinsamkeit beruht. An die Stelle der eigenen oder gemeinsamen Entscheidung tritt der Befehl, an die Stelle der eigenen Bedürfnisse Gehorsam. Menschen werden zu Werkzeugen der Herrschenden. Gemeinschaftliches, solidarisches Verhalten wird durch die hierarchischen Herrschaftsstrukturen in Konkurrenz und Untertänigkeit erstickt.

Wie ein grauer Faden zieht sich Herrschaft durch die Geschichte, die wir kennen, durch die Gesellschaft, die uns umgibt, durch den Alltag in dem wir leben. Sie tritt dadurch nicht mehr nur als offenes Gewaltverhältnis zutage, sondern entwickelt sich zu einer allgemeinen Umgangsform, zu einer gesellschaftlichen Norm. Eine fein gegliederte hierarchische Kette macht Befehlsempfänger auch zu Befehlsgebern, zu Teilhabern der Herrschaft. Und schließlich erhalten Demut und Anpassung der Unterworfenen erst die Herrschaft der Herrschenden aufrecht und tragen sie weiter. Die Geschichte zeigt eine Reihe von Versuchen, die alte, unerträgliche Herrschaft durch eine neue, scheinbar „bessere“ Herrschaft zu beseitigen. In dem Maß, in dem sich die neue Herrschaft festigen konnte, übernahm sie jedoch die Funktion der alten.

1.1. Herrschaft hat für die Beherrschten keinen unmittelbaren Nutzen. Zur Erhaltung ihrer Herrschaft erfinden die Herrschenden deshalb unsinnige Rechtfertigungen (Ideologien).

Egal, ob Herrschaft als „ewiges Naturgesetz“ oder als „gottgewollt“ begründet wird, einig sind sich die Herrschenden darin, dass es zur Herrschaft keine Alternative gibt und geben darf. Die Jahrtausend alte Unterdrückung von Frauen durch Männer wird durch ihre „biologische Andersartigkeit“ und ihre behauptete Minderwertigkeit begründet; ähnlich wird die Unterwerfung von Menschen anderer Rassen und Kulturen bis hin zur Vernichtung gerechtfertigt. Diese Rechtfertigungen beruhen auf den gegebenen materiellen Verhältnissen und spiegeln handfeste wirtschaftliche Interessen wider. Zur Absicherung ihrer Herrschaft schaffen sich die Herrschenden einen eigenen Apparat aus Militär, Polizei, Justiz und Gesetzen etc. Die Logik und Ideologie der Herrschenden wird von den Beherrschten ständig neu übernommen, verinnerlicht und weitergegeben. Erst wer diese Logik infrage stellt, stellt das Recht auf Herrschaft als Ganzes in Frage.

2. Frauen werden kolonialisiert als unbezahlte Hausarbeiterinnen, unterbezahlte „Leichtlohngruppen“, als Gebärmaschinen und Sexobjekt, als käufliche Ware, als psychische und physische Blitzableiterinnen. Die herrschende Norm der Weiblichkeit ist eine der Unterwerfung, Unterordnung, des Dienens. Diese Norm prägt Frauen wie Männer: je ungebrochener die Unterordnung der Frau, desto selbstverständlicher wird ihre Inanspruchnahme durch den Mann. Dieser Mechanismus funktioniert durch alle Klassen und alle Gruppen hindurch. Niemand kann von sich behaupten, frei davon zu sein. Der Kapitalismus benutzt patriarchale Strukturen zur Steigerung der Profite und zur Festigung des Systems. So werden beispielsweise nur zu oft Frauen in Zeiten von Arbeitskräftemangel in die Produktion geholt und bei der ersten sich abzeichnenden Krise wieder an „Heim und Herd“ zurückgedrängt. Da das Patriarchat als gesellschaftliches Verhältnis viel älter ist als der Kapitalismus, bedeutet das Ende des Kapitalismus nicht automatisch das Ende des Patriarchats.

Wer für die Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen kämpft, muss deshalb den Kapitalismus ebenso wie patriarchale Strukturen in der Gesellschaft – wie bei sich selbst – bekämpfen. Das Patriarchat ist eben kein „Nebenwiderspruch“, sondern ein zentrales Problem im Kampf gegen Herrschaft und Ausbeutung.

3. Untertanen brauchen nicht nur Befehlshaber über sich, sondern auch Menschen, auf die sie herabblicken können. Dazu reichen ihnen nicht sozial schlechter Gestellte, weil sie selbst im kapitalistischen Konkurrenzkampf jederzeit zu ihnen gehören können. Die Herrschenden bieten ihnen deshalb eine Ideologie, die sie allein durch ihre Geburt über andere erhebt: den Rassismus.

Die Ideologie des Rassismus wird genutzt, um die Unterwerfung anderer ethnischer Gruppen zu rechtfertigen. Damit gilt selbst der „Elendeste“ aus der „Herrenrasse“ mehr als alle, die durch Herkunft und Hautfarbe zu den unterworfenen „Untermenschen“ gehören. Ihren extremsten Ausdruck findet diese Ideologie im planmäßigen Völkermord, wie z. B. an Juden, Armeniern und Indianern. Rassismus dient der Verschleierung von Herrschaft und der Spaltung der ausgebeuteten Klasse.

Dabei stehen die wirtschaftliche Ausbeutung und gesellschaftliche Diskriminierung bestimmter ethnischer Gruppen in einer Wechselbeziehung zueinander, die je nach politischer und wirtschaftlicher Situation genutzt wird. Durch die ständige Verunsicherung der Menschen im Kapitalismus findet der Rassismus teilweise starken Zulauf aus allen Gesellschaftsschichten. Verspricht er doch die Aufwertung der Verunsicherten und Bedrohten „einer Rasse“.

4. Der Staat dient nicht dem Schutz der Menschen, sondern der Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung.

„Mit der Entwicklung des Privatbesitzes und der damit verbundenen Klassengegensätze entstand für die besitzenden Klassen die Notwendigkeit einer mit allen technischen Mitteln ausgerüsteten politischen Organisation zum Schutz ihrer Privilegien und zur Niederhaltung der breiten Massen – der Staat. [...] Er hat sich im Laufe seiner Entwicklung zur gewaltigen Unterdrückungsinstitution der zivilisierten Menschheit emporgeschwungen. Die äußerliche Form des Staates ändert an dieser geschichtlichen Tatsache nichts. Monarchie und Republik, Diktatur oder Demokratie – sie alle stellen nur verschiedene politische Ausdrucksformen des jeweils wirtschaftlichen Ausbeutungssystems vor, die sich zwar in ihrer äußerlichen Gestaltung nie aber in ihrem innerlichen Wesen voneinander unterscheiden und in allen ihren Formen nur eine Verkörperung der organisierten Gewalt der besitzenden Klassen sind. Mit der Entstehung des Staates beginnt die Ära der Zentralisation, der künstlichen Organisation von oben nach unten. [...] Die Interessen der Allgemeinheit müssen den Privilegien einer Minderheit das Feld räumen, die persönliche Initiative dem Befehl von oben, die Verschiedenartigkeit der Uniformität, die innere Verantwortlichkeit einer toten Disziplin, die Erziehung der Persönlichkeit einer geistlosen Dressur – und das alles zu dem Zwecke, loyale Untertanen heranzubilden, die an dem Fundament des Bestehenden nicht zu rütteln wagen, willige Ausbeutungsobjekte für den kapitalistischen Arbeitsmarkt.“ (Rudolf Rocker, Prinzipienklärung des Syndikalismus, 1919)

4.1. Der moderne Staat ist der politische Ausdruck der kapitalistischen Gesellschaft. Er organisiert sich nach außen in der Form des Nationalstaates. Tatsächlich werden seine Grenzen von wirtschaftlichen und militärischen Kriterien bestimmt, nicht von kulturellen Gemeinsamkeiten.

Der Nationalstaat ist das Produkt der bürgerlichen Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts. Das Bürgertum, die aufstrebende und besitzende Klasse, führte im Namen der Nation den Kampf gegen die vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen, gegen die feudale Zersplitterung in Kleinstaaten. Ihr Ziel war die Herstellung eines Binnenmarktes und der Schutz dieses Marktes gegen äußere Konkurrenz. Die Herstellung des kapitalistischen Binnenmarktes erforderte die Vereinheitlichung von Verkehrssprache, Sitten und Gebräuchen, Rechtsnormen, also die Schaffung einer zentralen Verwaltung. Der Schutz vor ausländischer Konkurrenz wie der Drang nach Ausdehnung erforderte die Schaffung eines militärischen Machtapparates, dessen Zentralismus dem in der Politik entspricht. Der bürgerliche Staat hob die Klassengesellschaft nicht auf, sondern veränderte sie nur. Die „Freiheit und Gleichheit“ des Bürgertums entpuppte sich als Freiheit und Gleichheit bei der Ausbeutung der besitzlosen Klassen. Der Nationalstaat ist daher nur Ausdruck der kapitalistischen Interessen. Indem das Bürgertum sich zur Nation erklärte, ihre besonderen wirtschaftlichen und politischen Interessen als Allgemeininteresse durchsetzte, schuf es den Nationalstaat. An die Stelle kultureller Gemeinsamkeiten tritt der Pass, die Staatszugehörigkeit. Sowenig die bürgerlich-kapitalistische Organisation der Gesellschaft menschliche Freiheit und Gleichheit innerhalb einer Nation verwirklicht, sowenig ist sie in der Lage, dies zwischen den verschiedenen Nationen zu tun. Die Entwicklung des Weltmarktes, der internationalen Konkurrenz treibt die Nationalstaaten dazu, ihre Grenzen nach wirtschaftlichen, geopolitischen und militärischen Interessen und Überlegungen zu verschieben – ohne Rücksicht auf andere (davon betroffene) Völker. Da der Nationalstaat, als Ausdruck der Klassengesellschaft, nach innen die Nation als kulturelle Gemeinschaft nur scheinbar herstellen kann und gleichzeitig nach außen Interessen und Rechte anderer Völker missachtet, bedarf er der ideologischen Legitimation, des Nationalismus. Die Klassentrennung der Gesellschaft soll übertüncht und die Expansion gerechtfertigt werden, indem die kulturellen Besonderheiten der einzelnen Völker überbetont, die „eigene“ Nation als höher, die „anderen“ hingegen als niedriger dargestellt werden.

4.2. Die parlamentarische Demokratie ist nur eine scheinbare Demokratie. Demokratie bedeutet ursprünglich „Volksherrschaft“. Parlamentarische „Demokratie“ äußert sich darin, dass die wahlberechtigten BürgerInnen alle in Abständen die Wahl zwischen den verschiedenen Fraktionen der Herrschaft haben. Die gewählten Abgeordneten sind durch die Wähler nicht kontrollier-, geschweige denn abwählbar. Daher ist die parlamentarische Demokratie nur eine Scheindemokratie. Parlamentarismus bedeutet die Delegation unserer eigenen Interessen und Bedürfnisse an Vertreterinnen, die für uns entscheiden sollen. Das Wählen von Parteien bedeutet immer die unkontrollierbare

Delegation von Macht an Andere. Die Grundlage aller im Parlament vertretenen Parteien ist die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung. Darin unterscheiden sie sich nicht voneinander. Die Parteien selbst sind hierarchisch gegliederte Vereine. Die Erfahrung mit Parteien, die mit einem anderen Anspruch antraten, zeigen, dass die sogenannten „Sachzwänge“, die ihnen der Parlamentarismus auferlegt, stärker sind als ihre Ideale. Ein solches, auf Hierarchie und Autorität beruhendes System, lässt niemals tatenlos zu, dass sich die Menschen ihrer Interessen bewusst werden und eigenständig danach handeln. Unter diesen Umständen kann auch das freieste Wahlrecht die klaffenden Gegensätze in unserer heutigen Gesellschaft nicht mildern! Parlamentarische Demokratie verleiht dem ständigen Ausnahmezustand der kapitalistischen Gesellschaft einen legalistischen Anstrich. Jedes Land, das eine Regierung hat, ist ein vom Feind besetztes Land. Im Gegensatz dazu steht die „Direkte Demokratie“, in der die Betroffenen die Entscheidungen treffen, welche dann durch jederzeit abwählbare, ihrer Basis gegenüber rechenschaftspflichtige Delegierte, weitergetragen werden. (siehe auch Teil C, 2.1.; hier: Seite 9)

4.3. Diktatur und Faschismus sind konsequente Ausdrucksformen deskapitalistischen Ausbeutungssystems.

Jedes scheinbar noch so demokratische Staatsgebilde wird zwangsläufig zum Mittel der diktatorischen Unterdrückung greifen, sobald seine Existenz (als Instrument der Bevormundung und Kontrolle der BürgerInnen zugunsten der herrschenden Klasse) in Frage gestellt wird. Die in der Diktatur verschärfte Unterdrückung und Entrechtung der ausgebeuteten Klassen ist die logische Konsequenz des Machtinstrumentes Staat. Sie dient einzig den Interessen des Kapitals und seiner politischen Repräsentanten.

Faschismus ist die offensivste und vollständigste Form von politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Unterdrückung. Er bedeutet zugleich die für die herrschende Klasse ideale Möglichkeit, bestehenden oder möglichen Widerstand auszulöschen. Andere Parteien neben der herrschenden werden verboten. Oppositionelle, Gewerkschaften, Linke jedweder Richtung werden bis zur physischen Vernichtung verfolgt. Sämtliche Organisationsformen der ArbeiterInnen werden zerschlagen oder zur Einheitsfront für Staat und Kapital umfunktioniert. Die in vielen Jahren erkämpften sozialen Rechte und politische Freiheiten gehen verloren. Faschismus ist also auch die Gesellschaftsform, die die ohnehin schon Ausgebeuteten vollends zum rechtlosen Spielball des Kapitals degradiert. Dem Hauptziel der Profitmaximierung wird auf Kosten der ArbeiterInnen ohne Einschränkung Rechnung getragen.

4.4 Die Länder des sogenannten ‚real existierenden Sozialismus‘ sind nicht sozialistisch, sondern staatskapitalistisch. Die Machtübernahme durch ‚kommunistische‘ Parteien in Folge der russischen Oktoberrevolution, der Neuaufteilung Europas nach dem zweiten Weltkrieg, der chinesischen oder kubanischen Revolution, hat nicht zur Einführung des Sozialismus geführt. Die Verstaatlichung der Wirtschaft hat, durch die Zusammenlegung der Verfügungsgewalt über wirtschaftliche und politische Macht, lediglich zu einer besonderen Form des Kapitalismus, zum Staatskapitalismus, geführt. Wie der Kapitalismus westlicher Prägung, beruhen die Systeme der staatskapitalistischen Länder auf der hierarchischen Klassengesellschaft, auf der Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit der Bevölkerung, auf Ausbeutung durch Lohnarbeit.

Technologie und Arbeitsorganisation unterscheiden sich nicht von der hiesigen, die Werktätigen arbeiten im Wesentlichen unter den gleichen Bedingungen. Die Entstehung der staatskapitalistischen Staaten hat die Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes nicht sonderlich behindert, geschweige denn ernsthaft gefährdet.

Vielmehr ist spätestens seit den 1980er Jahren die Wiedereingliederung dieses Blocks in den weltweiten Verwertungsprozess zu beobachten. Politisch haben die staatskapitalistischen Länder ein totalitäres Staatssystem hervorgebracht, das versucht, das gesellschaftliche Leben bis ins kleinste Detail von oben her zu organisieren und zu kontrollieren. Jede unabhängige Bewegung an der Basis der Gesellschaft wird als Bedrohung der staatlichen Allmacht verboten und unterdrückt. Die staatskapitalistischen Länder haben mit Sozialismus nichts gemein; sie sozialistisch zu nennen ist nichts als eine ungeheure Verleumdung der sozialistischen Idee. Sozialismus lässt sich nicht ‚von oben‘ per Regierungserlass, nicht durch die Verstaatlichung von Wirtschaft und Gesellschaft herbeiführen, sondern alleine durch die schöpferische Initiative von unten.

4.5. Die staatliche Erziehung vermittelt herrschende Werte und Moralvorstellungen zur Herausbildung untertäniger und verfügbarer StaatsbürgerInnen. Die Erziehung in Institutionen baut auf der hierarchisch gegliederten (Klein-) Familie auf, die als Keimzelle des Staates von herrschenden Werten durchdrungen ist und diese reproduziert. Bereits in der Familie erlebt das Kind geschlechtspezifische Rollenzuweisungen, das Prinzip von Befehl und

Gehorsam, Disziplinierungsmaßnahmen und anderen autoritären Grundwerten. Die Menschen werden durch die Auswahl der vermittelten Inhalte sowie in der Form des Lehrens und Lernens geprägt. Es ist nicht im Sinne der staatlichen Sozialisation zur freien Entfaltung der Persönlichkeit beizutragen. Vielmehr zielt sie darauf ab, durch Anerziehung von Hörigkeit, Leistungs- und Konkurrenzdenken, staatsbejahende, verfügbare Untertanen zu erzeugen, die ihre Funktion in diesem System erfüllen (sollen).

5. Kapitalismus

5.1. Die Verfügungsgewalt über den gesellschaftlichen Reichtum, über Produktion und Verteilung, über unsere Lebensgrundlagen liegt in den Händen des Kapitals und seiner VerwalterInnen. Wir sind, um unsere Existenz zu sichern gezwungen, unsere Arbeitskraft dem Kapital zur Verfügung zu stellen.

Wir erhalten jedoch nicht den Gegenwert unserer Arbeit, sondern nur soviel, wie wir jeweils als Preis für unsere Arbeitskraft (den Lohn) erzielen können, bzw. soviel wie wir brauchen um unsere Arbeitskraft zu erhalten. Mit dem, was wir über unseren Lohn hinaus produzieren, schaffen wir den Reichtum der AktionärInnen bzw. der EigentümerInnen der Fabriken, Büros, Läden und Maschinen. Da diese Leute von unserer Arbeitskraft leben, werden sie stets versuchen, mehr aus uns herauszuschlagen. In den letzten Jahren drückte sich das darin aus, dass die Löhne der abhängig arbeitenden Menschen nahezu gleichgeblieben oder sogar gesunken sind, während die Gewinne der Unternehmern enorm gestiegen sind.

Doch nicht nur, dass wir den Reichtum für andere schaffen, wir haben auch keine Verfügungsgewalt über das, was wir produzieren, unsere Arbeitsbedingungen also. Das Kommando über die Arbeitsorganisation liegt in den Händen des Kapitals, wir haben uns diesem Diktat zu unterwerfen. Daran ändern auch alle Floskeln von Mitbestimmung nichts. Hauptmerkmal und wesentliche Antriebsfeder des Kapitalismus ist die Profitmaximierung, mit der Folge, dass die kapitalistischen Unternehmen untereinander in einem ständigen Konkurrenzkampf stehen. Um sich Vorteile gegenüber den Konkurrenten zu verschaffen, versucht jedes Unternehmen dort, wo es sich durchsetzen lässt, Lohnkosten zu senken, die Arbeitsorganisation immer mehr zu rationalisieren, neue Märkte zu schaffen. Die Folgen dieses unsinnigen Konkurrenzkampfes haben wir alle in doppelter Hinsicht zu tragen, sowohl am Arbeitsplatz, wo ständig die Anforderungen gesteigert werden, als auch in unserer „Freizeit“, in der wir fortwährend den Folgen des kapitalistischen Raubbaus in Form der schleichenden Vernichtung unserer Lebensgrundlagen (Umweltzerstörung, umweltbedingte Zunahme von seelischen und körperlichen Erkrankungen) ausgesetzt sind.

Der Kapitalismus als gesellschaftliches Verhältnis unterwirft uns und alle Bereiche unseres Lebens seinen Bedingungen. Er durchdringt unser gesamtes Leben, indem er jede Lebensäußerung nur unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit für die Profitinteressen betrachtet. Menschliche Beziehungen sind im Kapitalismus nur als Verhältnis von Käufern und Verkäufern denkbar, die Lebensäußerungen der Menschen werden zur Ware degradiert. Die Warenförmigkeit setzt sich bis in die zwischenmenschlichen Beziehungen fort. Von klein auf wird versucht, uns einzupfropfen, Beziehungen zu unseren Mitmenschen nur noch in Kategorien von „in jemanden investieren“ und „eine Beziehung muss sich auszahlen“ zu denken und in jedem oder jeder anderen einen Konkurrenten um Arbeitsplätze, Wohnraum oder dem Platz am Fressnapf zu sehen. Statt Solidarität lehrt uns das kapitalistische Gesellschaftssystem Vereinzelung, Neid und Egoismus. Das ganze kapitalistische System ist darauf ausgerichtet, uns zu Spiegelbildern seiner eigenen kaputten Prinzipien zu degradieren.

5.2. Kapitalismus beruht auf der Klassengesellschaft, auf der Spaltung in Ausbeuter und Ausgebeutete. Der Kapitalismus ist heute weltweit die herrschende Gesellschaftsform, egal ob er als „soziale Marktwirtschaft“, „real existierender Sozialismus“ oder in sonst einer Spielart auftritt. Er ist kein Naturgesetz, sondern ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis. Sein wesentliches Merkmal ist es, dass wir Menschen, die den gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten, nicht die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und das Produkt unserer Arbeit haben. Stattdessen liegt die Entscheidung, was, wie viel und wie produziert wird, in den Händen von privaten Kapitalgruppen oder in der Hand selbsternannter gesellschaftlicher Eliten oder „Arbeiterparteien“. Mit dieser Macht machen sie Gesetze, benutzen sie ihre Staatsmaschinerie, wollen sie uns ihre Werte und Moral aufzwingen, um uns entweder zu überzeugen für ihre Interessen zu arbeiten oder uns dazu zu zwingen.

Zwischen ihnen und uns besteht ein Widerspruch, der Klassengegensatz. Ihre Interessen sind mit unseren grundsätzlich unvereinbar. Sie wollen unsere unbeschränkte Verwertbarkeit, wir wollen unser Wohlergehen und Selbstbestimmung.

So einfach wie es auf den ersten Blick scheint, ist es jedoch nicht. Innerhalb beider Klassen bestehen Widersprüche, Einzelinteressen, die dem jeweiligen Gesamtinteresse durchaus zuwiderlaufen können. Die fortwährende Entwicklung der Produktion und der Lebensbedingungen im Kapitalismus zerreißt ständig alte Strukturen und schafft neue, ohne dass sich am grundlegenden Verwertungsprinzip jedoch Entscheidendes ändert. Diese hohe Flexibilität, die es dem kapitalistischen System sogar ermöglicht, kritische Strömungen zu integrieren und für sich nutzbar zu machen, macht es deshalb erforderlich, ständig diese Veränderungen zu beobachten. Diese Beobachtung ist eine wichtige Voraussetzung für einen wirkungsvollen Klassenkampf.

5.3. Der Kapitalismus unterliegt in Abständen Krisen. Die Ursachen der Entstehung von Krisen sind unterschiedlichster Art. Sie können als Reaktion auf Lohnkämpfe der Beschäftigten auftreten, ebenso wie durch Rohstoffverknappung, Wegfall von Absatzmärkten, Umstrukturierungen im Rahmen der weltweiten kapitalistischen Arbeitsteilung usw. Als Reaktion darauf versucht das Kapital stets, dem drohenden Sinken der Gewinne entgegenzuwirken, was für uns fast immer die gleichen Folgen hat. Es kommt zu Lohnkürzungen, Massenentlassungen, Verteuerung von Wären. Produktionszweige werden ins billiger produzierende Ausland verlagert und innerbetriebliche Umstrukturierungen vorgenommen. Indem wir in Beschäftigte und Nichtbeschftigte, Festangestellte und Aushilfen, AusländerInnen und Deutsche, Männer und Frauen gespalten werden, soll eine Solidarisierung, soll Widerstand verhindert werden. Eine Produktionskrise hat stets auch die Reduzierung der unproduktiven Bereiche (Sozialleistungen, Bildung, Kultur usw.) zur Folge. Da durch diese Verschlechterung der Lebensbedingungen infolge einer Krise unter Umständen die Unzufriedenheit der Betroffenen wächst, versucht der Staat durch gesetzgeberische Maßnahmen oder durch vorbeugende Reglementierungen (z.B. Beschneidung des Streikrechts, Verschärfung der Bedingungen für WohlfahrtsempfngerInnen), Organisationsversuche oder Widerstand der Betroffenen zu verhindern.

5.4. Die kapitalistische Produktionsweise hat die Welt weitgehend erobert. Sie hat nichtkapitalistische Wirtschaftsformen unterworfen, umgewandelt oder zerstört und damit den Weltmarkt hergestellt. Der Reichtum der entwickelten kapitalistischen Länder gründet sich zu einem wesentlichen Teil auf die Ausbeutung der Menschen der sogenannten 3. Welt und zunehmend auf die neu entstehenden Märkte in Osteuropa. Diesen Ländern fällt im Zuge der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung die Rolle als billiger Rohstoff- und Nahrungsmittellieferant einerseits und als Absatzmarkt für Fertigwaren andererseits zu. Außerdem werden teilweise lohnintensive und umweltverseuchende Produktionszweige in diese Länder ausgelagert, wovon jedoch nur die herrschende Klasse dort profitiert. Da die Folge dieser Entwicklung meist die weltmarktorientierte Spezialisierung auf ein oder einige wenige Produkt(e) ist, erhöht sich die Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt immer mehr. Als Ergebnis dieser Entwicklung ist der Lebensstandard des weitaus größten Teils der Menschen in den Ländern der „3. Welt“ in den letzten vierzig Jahren ständig gesunken, absolute Verelendung, massenhafter Hunger, Zerstörung der Umwelt breiten sich aus. Länder, die sich noch vor wenigen Jahrzehnten selbst mit Nahrungsmitteln versorgen konnten, sind nun abhängig von Lebensmittelspenden oder -einkufen.

5.5. Ein zentrales Merkmal des Kapitalismus ist die Geldwirtschaft. Mit deren Entwicklung haben Banken, die die Geldgeschäfte tätigen, eine immer wichtigere Rolle übernommen. Geld hat in allen zur Zeit existierenden Gesellschaften die Funktion des einzigen Wertmastabes. Alle Werte – von Gütern bis zu Dienstleistungen und zwischenmenschlichen Beziehungen – werden in Geld ausgedrückt. Banken steuern und kontrollieren im kapitalistischen System durch die Kapitalflüsse, die ungeheuren Geldmengen, die von ihnen bewegt werden, die Politik aller Unternehmen. In Staaten mit Zentralverwaltungswirtschaft (sogenannte Planwirtschaft) bernehmen diese Rolle die staatlichen Plankommissionen. Die Banken, ins besondere die Großbanken, werden durch wachsende Beteiligungen an Konzernen, Holdings (Beteiligungsgesellschaften) und Einzelunternehmen sowie durch Aufsichtsrats- und Vorstandssitze in zunehmenden Masse zum ideellen Gesamtkapitalisten. In ihnen wird wirtschaftliche Macht besonders deutlich sichtbar. Internationale Banken (z.B. IWF, Weltbank) schreiben Staaten, die bei ihnen Kredite aufgenommen haben oder aufnehmen wollen, ihr gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben bis ins Einzelne vor. Dadurch sind in letzter Konsequenz alle Menschen, die von Löhnen oder gleichgestellten Leistungen abhängig sind, betroffen. Die Macht, die die Banken haben, wird von diesen systemstabilisierend und profitsichernd eingesetzt.

5.6. Wissenschaft, Forschung und Bildung werden von kapitalistischen Verwertungsbedingungen geprägt und sind an ihnen ausgerichtet. Wissenschaftliche Forschung und Lehre dient im kapitalistischen System im wesentlichen

zwei Zwecken: Zum einen der sofortigen oder späteren wirtschaftlichen Verwertbarkeit in Form von technologischen Entwicklungen zur Steigerung der Produktivität, der weiteren Rationalisierung und der Entwicklung neuer Produkte und Produktionsmethoden (Produktionsforschung). Zum zweiten der Gewinnung von gesellschaftspolitischen Erkenntnissen und Ideologien, die zur Festlegung des kapitalistischen Systems oder seiner erhöhten Anpassungsfähigkeit dienen. Da nahezu jede Wissenschaft und Forschung von Staat und Kapital kontrolliert und finanziert werden, gibt es keine von den kapitalistischen Verwertungsinteressen unabhängige Wissenschaft.

5.7. Der Kapitalismus führt zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die Zerstörung unserer Umwelt hat ihre wesentlichen Gründe in der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Wie alle anderen Güter auch, betrachtet das Kapital Natur, Leben und Umwelt nach ihrer Verwertbarkeit. Für das einzelne kapitalistische Unternehmen ist es profitabler, unter krankmachenden Arbeitsbedingungen kurzlebige und ungesunde Produkte herzustellen, da die daraus resultierenden Kosten – z.B. Gesundheitswesen und Abfallwirtschaft – von der Allgemeinheit getragen werden. Auf das gestiegene ökologische Bewusstsein und die Erkenntnis, dass die vollständige Zerstörung der Erde auch das Ende des eigenen Systems mit sich brächte, reagieren Teile des Kapitals mit der Schaffung einer profitbringenden „Umweltschutz“-Technologie und -Industrie, die zum einen die schlimmsten Folgen der Naturzerstörung mildern soll, zum andern wieder neue Absatzmärkte schafft.

So verdient ein Teil des Kapitals an dem Dreck, mit dem uns der andere Teil verseucht, die Zeche zahlen nicht die Verursacher, sondern wir alle. Umweltschutz im Kapitalismus richtet sich gegen die Folgen der Umweltzerstörung, nicht gegen seine Ursachen, nämlich die kapitalistische Produktionsweise selbst. Die ökologische Frage ist letztendlich nur durch ein nichtkapitalistisches Wirtschaftssystem zu lösen.

B: UTOPIE

Anarchosyndikalismus ist eine konkrete Vorgehensweise, aus den gegebenen Verhältnissen heraus zur herrschaftsfreien Gesellschaft zu gelangen. Die Erkenntnis, dass vom internationalen Kapital über die Nationalstaaten bis zu unserem Alltag die Unterdrückung, Entmündigung, Ausbeutung durch persönliche, wirtschaftliche und politisch/militärische Herrschaftsmechanismen funktioniert, führt zur grundsätzlichen Ablehnung und Bekämpfung von Herrschaft.

D.h.: Unser Ziel ist Herrschaftslosigkeit – das Recht und die Möglichkeit des einzelnen Menschen, seine Fähigkeiten zu entfalten; und die gemeinschaftliche Selbstverwaltung aller Menschen, ohne FührerInnen und ohne Zwang. Herrschaftslosigkeit entsteht nicht von alleine. Nicht heute und auch nicht eines fernen Tages nach der „großen Revolution“. Sie ist auch nicht in den Verlauf der Geschichte durch eine höhere Gesetzmäßigkeit hinter der Zielgeraden eingebaut. Wir haben keine „höheren“ Verbündeten. Wir sind auf uns selbst gestellt. Was wir erreichen, ist nur, was wir uns selber schaffen – mehr nicht. Was wir erreichen können, gibt uns den Ansporn, vorwärts zu gehen. Die Verwirklichung der Herrschaftslosigkeit beginnt hier und jetzt.

Die Rahmenbedingungen dafür zu erkämpfen, ist die eine Sache: der Herrschaft entgegenzutreten, die Herrschaftsmechanismen auf allen Ebenen in Frage zu stellen, aufzubrechen. Da verstehen wir uns als eine Kraft der Verneinung des Bestehenden. Da sind wir umstürzlerisch und im unvereinbaren, grundsätzlichen Widerspruch zu allen Herrschaftssystemen.

Die andere Sache ist, was wir dem Bestehenden entgegensetzen. Da geht es uns darum, schrittweise eine neue Welt in der Schale der alten zu entwickeln. Da verstehen wir uns als eine schöpferische, aufbauende Kraft, indem wir uns und andere zu selbstbestimmtem Handeln ermutigen, unserem Zusammenschluss schon heute die Form geben, die wir uns für eine andere Gesellschaft wünschen.

So entsteht die Vorstellung einer neuen Gesellschaft – nicht als ein schöner Traum vor dem bösen Erwachen, sondern aus den konkreten Erfahrungen hier und jetzt. Diese Erfahrungen sagen uns, dass es nicht genügt, die Herrschaft zu entlarven und die Herrschenden abzusetzen. Direkte Demokratie muss vorbereitet, geübt, erlernt, immer wieder von neuem entwickelt werden. Sie muss vor allem in einer gemeinsamen, verbindlichen Form organisiert werden. Gegen die bestehenden, hierarchischen Strukturen, die uns selbst schon in Fleisch Blut übergegangen sind, müssen wir uns bereits auf der formalen, technischen Ebene direkt-demokratische Organisationsformen geben. Und das ist längst nicht alles: Unsere gewohnten Werte, Umgangsformen werden in Frage gestellt, müssen den Bedingungen der Selbstorganisation angepasst werden. Der schnellste Weg ist nicht unbedingt der richtige.

Entscheidungsprozesse unter Beteiligung aller Betroffenen wirken zunächst oft mühsam, zäh, sind letztendlich jedoch fruchtbarer als jede Anordnung von oben. Der Entwurf einer neuen Gesellschaft hängt untrennbar mit den vorgefundenen Verhältnissen zusammen. Er kann nicht mehr sein, als eine Summe von Schlüssen aus unseren bisherigen Erfahrungen. Mit unseren konkreten Erfahrungen wächst also auch die Vorstellung einer neuen Gesellschaft.

Ein solcher Entwurf kann niemals etwas Starres, ein für alle Male Festgelegtes sein. Er entwickelt sich als Spiegel unserer Entwicklung. Eine Erfahrung aus Geschichte und Gegenwart besagt, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse von zentraler Bedeutung sind.

1. prägt die Organisation von Produktion und Verteilung die Gestalt einer Gesellschaft entscheidend. Hier konzentriert sich die Macht. Hier werden praktisch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bestimmt.

2. ersetzen die demokratischsten Ideen keine funktionierende Versorgung. Mit leeren Mägen lebt es sich einfach schlecht.

Unser Ziel ist es daher, die Wirtschaft in Selbstverwaltung zu übernehmen. Dazu muss die Entscheidung darüber, wie die Betriebe arbeiten, von den ArbeiterInnen selbst in Eigenverantwortung getroffen werden: ArbeiterInnenselbstverwaltung.

Nur so wird die Verfügungsgewalt über Produktion und Verteilung, über Arbeit und Leben vergesellschaftet, wird die Macht in der Wirtschaft dezentralisiert, entsteht eine Verantwortlichkeit von unten, in der die Menschen nicht mehr als Ware Arbeitskraft eingesetzt werden, sondern durch ihre schöpferische Kraft den gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Die Koordination der Betriebe untereinander kann nicht dem Zufall oder dem Gesetz des Stärkeren überlassen werden. Sie bedarf einer Organisation und Planung, die von unten kommt, und nicht von oben aufgesetzt wird, die gewachsen ist und nicht als bürokratischer Apparat funktioniert. Wenn die ArbeiterInnen ihre Betriebe übernehmen, liegt es nah, die Koordination von Produktion und Verteilung dort zu organisieren, wo die ArbeiterInnen gemeinsam organisiert sind: in einer Gewerkschaft, die direkt-demokratisch aufgebaut ist und sämtliche Wirtschaftsbereiche erfasst.

Die Organisation, die wir heute als Kampforganisation aufbauen, muss in sich schon die Elemente tragen, die zur Organisation einer neuen Gesellschaft nötig sind: Die neue Welt in der Schale der alten entwickeln! Damit wäre die Frage der Verfügungsgewalt über Produktion und Verteilung grundsätzlich geklärt. Die Frage, was und wie viel wofür produziert und wie es verteilt werden soll, bleibt offen. Im Kapitalismus beantwortet sie sich nach den Profiterwartungen. In einer libertären Gesellschaft muss sie sich nach Bedarf und Bedürfnissen der KonsumentInnen entschieden werden. Wie die sogenannten „real existierenden“ Staaten ausgiebig bewiesen haben, sind dafür zentralistische Entscheidungsstrukturen unbrauchbar, da an den Bedürfnissen vorbei produziert wird und die Verteilung in der Bürokratie versandet. Der Konsumbedarf muss dort gedeckt werden, wo er entsteht: in den Haushalten, vor Ort, in den Kommunen und Gemeinden. Deshalb genügt es nicht, sich allein in den Wirtschaftsorganisationen einer Gewerkschaft zu organisieren, sondern gleichzeitig ist eine regionale Organisation notwendig, auf lokaler Ebene. Von hier aus können sich Kooperativen bilden, die ihren Bedarf als entscheidenden Faktor in die wirtschaftliche Koordination einbringen.

So entsteht ein Netzwerk aus selbstverwalteten Betrieben und Kommunen, die im ständigen Kontakt miteinander ihre wirtschaftlichen, organisatorischen, aber auch politischen Fragen regeln: dem Fundament einer selbstverwalteten Gesellschaft entsprechend, organisieren wir uns heute schon auf gewerkschaftlicher (Syndikate) und lokaler (Lokalföderationen) Ebene in Branchen- und Ortsgruppen. Die Lokalföderationen mit ihren Börsen (örtliche Kommunikationszentren) bilden auch die Basisstrukturen, aus denen heraus die übrigen kommunalen Belange geregelt werden können.

Ökonomische Fragen wie die der Architektur, der Wohnungsversorgung, der Energie- und Wasserversorgung, der Abfallbeseitigung können von hier aus ebenso angegangen werden, wie die sozialen Fragen des Zusammenlebens, der Gesundheits- und Altersversorgung, der Kinder usw. und schließlich – nicht zuletzt – die kulturellen Fragen der Bildung, gemeinsamer Veranstaltungen etc. Das ganze gesellschaftliche Leben würde weitgehend dezentralisiert, was eine Voraussetzung zur kommunalen Selbstverwaltung darstellt.

Diese kleinen Einheiten wären zwar in den eigenen Entscheidungen autonom, gleichzeitig aber in einem notwendigen Prozess ständiger Koordination mit allen anderen gesellschaftlichen Ebenen und Bereichen.

C: ORGANISATION, WIDERSTAND UND AKTION

1. Wir kämpfen für eine herrschaftslose Gesellschaft! Deshalb richtet sich unser Widerstand gegen die verschiedenen, ineinander verflochtenen Herrschaftsformen: Gegen die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die kapitalistische Verwertungslogik. Gegen die staatliche Bevormundung und Unterdrückung! Gegen das Patriarchat, das durch die traditionelle Unterwerfung von Frauen Herrschaftsverhältnisse zementiert und immer wieder neu installiert! Gegen Rassismus, weil er Menschen auf Grund ihrer Herkunft und Hautfarbe willkürlich in „wertvolle“ und „minderwertige“ spaltet.

2. Mittel und Methoden unseres Vorgehens sollen unsere Ziele sichtbar machen! In Auseinandersetzungen geht es uns nicht darum, Etappenziele so schnell wie möglich, und egal mit welchen Mitteln, zu erreichen. Mit Mitteln der Herrschaft lässt sich keine Herrschaftsfreiheit verwirklichen.

2.1. Deshalb organisieren wir uns schon heute auf der Grundlage prinzipiell gleicher Rechte und Pflichten für alle, nach dem Prinzip der direkten Demokratie. Nach dem Prinzip freier Vereinbarungen haben alle das Recht, an sämtlichen Entscheidungen mitzuwirken, die sie betreffen. Deshalb hat niemand in der FAU einen Führungsanspruch, niemand einen Anspruch darauf, geführt zu werden. Das setzt ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit voraus. Bindend sind nur Entscheidungen, die von Mitgliedern gemeinsam gefunden wurden. Delegierte, denen bestimmte Aufgaben für begrenzte Zeit übertragen wurden, können jederzeit abgewählt werden (imperatives Mandat).

Dementsprechend haben wir uns organisiert:

1. Unsere Arbeitsgrundlage ist die verbindliche Basis, auf die sich alle Mitglieder geeinigt haben. Sie kann jederzeit geändert, erweitert oder erneuert werden.

2. Auf dieser Grundlage entwickelt jede Gruppe eine eigenständige, selbstbestimmte Arbeit. Ihre Autonomie geht soweit, wie sie die Selbstbestimmung einer anderen FAU-Gruppe nicht einschränkt. Gegenseitige Kritik und Ermutigung ist dabei sehr wichtig!

3. Der überregionale und internationale Informationsfluss und die Koordinierung der Zusammenarbeit wird von gemeinsam ernannten Delegierten mit „imperativen Mandat“ organisiert.

4. Nach dem gleichen Prinzip ist unsere Internationale, die Internationale Arbeiter-Assoziation (IAA) aufgebaut.

Diese Struktur ermöglicht eine Organisation ohne FührerInnen bzw. befehlende Zentralkomitees. Wir nennen das „direkte Demokratie“. So ist die FAU nur so gut oder schlecht, wie die Beteiligten an ihr und durch sie arbeiten! Die Organisation ist für uns also ein Mittel zur sozialen Emanzipation, kein Selbstzweck.

2.2. In unserer Arbeit wollen wir individuelle Selbstbestimmung und gemeinsames Handeln lernen und umsetzen! Das Persönliche und das Kollektive sollen in einer Wechselwirkung zueinander stehen. Dadurch, dass wir uns einzeln – und gemeinsam aneinander – entwickeln, wachsen unsere Fähigkeiten, gemeinschaftlich zu handeln, miteinander gleichberechtigt umzugehen, selbstsicherer und selbstbestimmter zu werden, Bedrohungen standzuhalten. Im täglichen Umgang miteinander versuchen wir die subtilen Herrschaftsstrukturen aufzuspüren, zu erkennen und zu beseitigen. So bereiten wir uns im Kleinen auf ein großes Ziel vor.

2.3. Wir handeln nicht stellvertretend für andere, sondern für uns selbst! Es geht uns nicht darum, irgendwelche „Massen“ vor unseren Karren zu spannen, sondern aus unseren konkreten Erfahrungen heraus dort Widerstand und Perspektiven zu entwickeln, wo wir stehen. Wir handeln aus unserer sozialen Situation heraus, ohne unsere Macht an Parteien, Institutionen und andere „Führer“ abzugeben. Das nennen wir „direkte Aktion“. Der Begriff „direkte Aktion“ umfasst alle Kampfformen, die ohne Einschaltung von Vermittlern oder Autoritäten unsere Interessen direkt durchsetzen. Dazu gehören Selbstorganisation, selbstorganisierte Besetzungen, Boykotts, Streiks, Sabotage etc...

2.4. Jede Befreiung, die heute begonnen werden kann, soll heute begonnen werden! Wir glauben nicht an einen vorbestimmten Verlauf der Geschichte. Geschichte ist nach vorne hin offen. Deshalb warten wir mit der Verwirklichung unserer Ziele nicht bis angebliche, „wissenschaftliche“ Voraussetzungen erfüllt sind. Warten auf die „Entfaltung der Produktivkräfte“, auf die „Bürgerliche Revolution“, oder auf die „Diktatur (im Namen) des Proletariats“ vertröstet uns auf den Sanktimmerleinstag! Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ist geprägt durch die Abwertung, Unterwerfung, Benutzung und Vernutzung von Frauen! Wir beanspruchen, hier und heute gegen dieses Herrschaftsverhältnis in und um uns vorzugehen! Wir – Männer wie Frauen – müssen zunächst bei uns selbst ansetzen: das Gewohnte in Frage stellen; die oft verschleierte Herrschaft der Männer, Selbstverleugnung der Frauen erkennen und aufbrechen; unsere Sichtweisen, Umgangs- und Diskussionsformen hinterfragen und ändern. Diese Auseinandersetzung steht immer wieder an. Wir sind eben nicht die besseren Menschen, sondern müssen uns gegen patriarchale Gewohnheiten immer wieder wehren.

3. Solange wir kapitalistischen Ausbeutungs- und Verwertungsbedingungen unterworfen werden, verstehen wir uns als Klassenkampforganisation! Um unseren Lebensunterhalt zu sichern, werden wir zur Lohnarbeit gezwungen. Um ein Dach über dem Kopf zu haben, wird uns Miete abgepresst. Um Grund und Boden gewinnbringender zu verwerten, werden unsere Wohnräume und Stadtteile zerstört. Damit die Herrschenden noch größere und bessere Geschäfte machen, wird unsere Nahrung vergiftet, unsere Umwelt zerstört. Und um für all das ein gut geschmiertes Rad im Verwertungsprozess zu werden, erhalten wir eine passende „Erziehung“, „Ausbildung“ oder „dürfen studieren“.

Offensichtlich wird gegen uns sowieso ein „Klassenkampf von oben“ geführt! Unsere Antwort darauf ist Klassenkampf von unten: Wir erfahren täglich das engmaschige Netz kapitalistischer Unterwerfung, und greifen es aus der Unterwerfung heraus an. Denn ohne Beseitigung dieser Unterwerfung ist keine herrschaftslose Gesellschaft denkbar.

Klassenkampf ist der Kampf um die Aufhebung der Klassengesellschaft.

3.1. Reform, Reformismus und Revolution

3.1.1. Reformen sind immer Bestandteil des Kampfes der Ausgebeuteten und Unterdrückten gewesen. Sie sind alltägliche Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation. Die Verbesserung der unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen ist ein berechtigtes Interesse der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen. Ebenso die Festschreibung erkämpften Rechte und die Begrenzung von Ausbeutung gegenüber dem Kapital.

3.1.2 Wir sind keine Gegner von Reformen, aber wir lehnen den Reformismus als Strategie ab. Jede reale Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, jedes größere Maß politischer Freiheit ist Teil (wie Bedingung) des Kampfes für eine bessere Gesellschaft, bedeutet die Erweiterung der Macht von unten. Solche konkreten Verbesserungen abzulehnen ist sektiererisch (zumal in nichtrevolutionären Situationen). Allerdings verbleiben Reformen in den Grenzen der real existierenden Eigentums- und Machtstrukturen, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts(un)ordnung. Mehr noch: Die Beschränkung auf Reformen, auf die „Reformierung“ der Gesellschaft trägt letztlich nur zur Stabilisierung der Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse bei. Die schärfsten Konflikte werden gemildert, die unvereinbaren Widersprüche in der Gesellschaft entschärft, einige der größten „Fehlfunktionen“ des Kapitalismus repariert – zeitweilig. Die Strategie, durch Reformen „Schritt für Schritt“ zu einer neuen Gesellschaft zu kommen, ist eine Illusion. Sofern durch reformistisches Handeln das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft aufgegeben wird, handelt es sich um den Samthandschuh, in dem die eiserne Faust der staatlichen Unterdrückung steckt.

3.1.3. Eine grundlegende Veränderung der bestehenden Verhältnisse ist nur durch eine vollständige Umgestaltung, die soziale Revolution, zu erreichen.

3.2 Wir gehen gegen die kapitalistischen Verhältnisse dort vor, wo wir von ihnen betroffen sind! So wie wir jeder Stellvertreter-Politik unser selbstbestimmtes Handeln entgegensetzen, so können wir auch nicht den Anspruch erheben, stellvertretend für andere den Klassenkampf zu führen. Es geht uns vielmehr darum, von dort aus, wo wir uns jeweils befinden, klassenkämpferische, selbstbestimmte Ansätze von unten anzuregen und voranzutreiben. Das kann in der Lohnarbeit wie auf den Arbeits- und Sozialämtern, im Wohngebiet wie bei VermieterInnen, in

Ausbildungsverhältnissen wie bei Preissteigerungen sein. Eine Funktion der Organisation ist es dann, dazu beizutragen, die verschiedenen Ansätze und Auseinandersetzungen zu verbinden, uns gegenseitig zu unterstützen, die Isolation der einzelnen Kämpfe aufzuheben.

3.3. Betriebe und Ausbildungsstätten sind zentrale Orte unseres Widerstandes! Die meisten von uns verbringen den größten Teil ihrer Wochentage in Betrieben und Ausbildungsstätten. Die Arbeit prägt unser gesamtes Leben über die direkte „Arbeitszeit“ hinaus in die sogenannte „Freizeit“ hinein. Schon deshalb ist Betriebsarbeit für uns von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus sind Betriebe die Orte, wo der Mehrwert unmittelbar geschaffen wird. Unser Eingreifen hier trifft das System an seiner Grundlage. Als ArbeiterInnen sehen wir unsere zentrale Aufgabe darin, in Betrieben eine (Gegen-)Macht aufzubauen und durch direkte Aktionen auszuüben.

3.4. Der DGB ist für uns keine „Neue Heimat“. Wir halten es für aussichtslos, den DGB zur (revolutionären) Klassenkampforganisation machen zu wollen. Deshalb lehnen wir die immer wiederkehrenden Versuche vieler Linker ab, die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften zu unterwandern. Die hierarchischen Strukturen des DGB verhindern selbstständiges Handeln. Ziel und Zweck des DGB und seiner Einzelgewerkschaften ist die Kanalisierung von Unmut und Widerstand in systemerhaltende Bahnen. Sogenannte „Gewerkschaftsoppositionelle Arbeit“ stärkt letztlich nur den Apparat, indem die Organisation an der Basis aktiv bzw. attraktiv gehalten wird.

3.5. Deshalb bauen wir eigene Betriebs- und Branchenstrukturen auf! Unser Ziel ist die Schaffung einer direkt-demokratischen Gewerkschaft.

3.5.1. Organisatorische Grundlage unserer Arbeit in den Betrieben sind direkt-demokratische Betriebsgruppen. Neben der Wahrnehmung unserer rein betrieblichen Belange sehen wir diese Strukturen mittelfristig als Gegenmacht zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften und den, dem Unternehmenswohl verpflichteten, Betriebsräten. Da die offiziellen Betriebsräte als parlamentarisch aufgebaute Instanzen die grundsätzlichen Interessen der ArbeiterInnen nicht durchsetzen können (dazu sind sie nicht geschaffen worden), lehnen wir diese ab. Dagegen setzen wir als Ziel, die Vollversammlung zum obersten Entscheidungsorgan der Belegschaft zu machen.

3.5.2 Neben der Organisierung auf geographischer Ebene (Ortsgruppen, regionale, bundesweite und internationale Föderationen), schließen sich die Betriebsgruppen einer Branche (z.B. Metall, Gesundheit, Druck, aber selbstverständlich auch Erwerbslose, (Hoch-)SchülerInnen) zu bundesweiten (möglichst internationalen) Syndikaten zusammen. Die Branchengruppen sind ein erster Schritt zur Schaffung direktdemokratischer Gewerkschaften.

3.5.3 Gegen die von den Herrschenden geschaffene Trennung zwischen den Menschen durch Grenzen und Nationalismus verstehen wir uns als InternationalistInnen! Tatsächlich verläuft weitweit eine Trennungslinie zwischen uns und den Herrschenden, durch ihre offene oder verschleierte Unterdrückung, durch den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, durch die Klassengegensätze. Dagegen benutzen die Herrschenden die Unterschiede zwischen den Sprachen, den Kulturen, den Hautfarben, um uns nach dem Motto: „Teile und herrsche!“ zu spalten. Diese Unterschiede sind jedoch an sich nicht trennend, sondern können zur Erweiterung unseres Blickfeldes dienen. Internationalismus heißt für uns nicht, Unterschiede über einen Kamm zu scheren, sondern aus verschiedenen kulturellen Bedingungen heraus einen gemeinsamen Kampf für eine herrschafts- und klassenlose Welt zu entwickeln. Das bedeutet konkret, dass wir selbstorganisierte, nicht von den herrschenden Apparaten abhängige, antikapitalistische und antistaatliche Bewegungen von unten nach Kräften unterstützen. Dabei ist es uns wichtig, einen direkten Draht zu Beteiligten zu bekommen. Dazu arbeiten wir in der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) mit anarchosyndikalistischen und revolutionärsyndikalistischen Schwesterorganisationen weltweit zusammen.

3.5.4. In unserem Vorgehen legen wir uns weder auf Gewaltlosigkeit noch auf Gewalt fest! Die Wahl unserer Mittel ergibt sich aus den konkreten Situationen und Zielen! Wir kritisieren die Verselbständigung „militärischer“ Vorgehensweise in bestimmten Gruppen ebenso, wie die Selbstbeschränkung anderer Gruppen auf eine „prinzipielle Gewaltfreiheit“. Eine sozialrevolutionäre Bewegung gründet sich weder auf militärische Aktionen einer „Elite“ noch auf das politische Dogma „Gewaltfreiheit“, sondern auf der Entwicklung einer breiten sozialen Gegenmacht. Eine persönliche Entscheidung zur „Gewaltlosigkeit“ steht dem nicht entgegen. Allerdings können wir uns nicht vorstellen, dass die Herrschenden eines Tages aufgrund moralischer Appelle abdanken könnten.